

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 6 (1914)
Heft: 5

Rubrik: Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

interesses möglich ist. Der Konsument hat an Schutz zöllen kein Interesse. Da gilt es zu rüsten, insbesondere, da man heute abermals auf eine Erhöhung der Zollansätze hinarbeitet. 1902 hat der V. S. K. fast allein den Kampf gegen den Zolltarif geführt. Seither ist der Verband mächtig gewachsen. Aber es ist gut, wenn eine gewisse Arbeitsteilung eintritt und die Liga hier die so notwendigen Vorbereitungsarbeiten trifft. Die willkürliche Anwendung des eidgenössischen Lebensmittelpolizeigesetzes, das preisverteuernd wirkt, stellt der Liga die Aufgabe, diese Anwendung zu kontrollieren und die Wirkungen der Lebensmittelpolizei zu studieren und zu beobachten. Auch die Anwendung des Zolltarifes ist nicht immer einwandfrei und eine Kontrolle aus dem Volke heraus selbst nötig. Die Liga wird nicht nur rein akademisch tätig sein können. Sie wird selbst ins Volk hinaustreten und ein Zusammengehen von Organisationen mit gleichen wirtschaftspolitischen Zielen in die Wege leiten müssen. Nicht nur die Arbeiter und die Konsumenten, sondern das ganze Volk ist an einer Herabsetzung der Zölle interessiert, zumal wir als Exportland darauf dringen müssen, vom Auslande anständig behandelt zu werden. Je höher aber unsere Zölle, um so mehr Schwierigkeiten für den Export. *Als Gegenzug erhöht das Ausland die Zölle auf unseren Exporterzeugnissen* und die Schweizer Industrie zieht über die Grenzen und lässt die Schweizer Volkswirtschaft im Stich. Diese Zusammenhänge sind aufzudecken und zu würdigen. Deswegen ist die Liga nicht, was die Gegner von ihr behaupten — eine Bauernfresserliga. Sie ist eine *Organisation zum Selbstschutz der Konsumenten und des ganzen Volkes*. Sorgen wir dafür, dass die Liga immer mehr gestärkt werde und aus den kleinen Anfängen heraus etwas Grosses und Kraftvolles werde.

Nach einem kurzen Schlusswort des Präsidenten werden die Verhandlungen um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr geschlossen.

Verband der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter.

Ueber die Pfingstfeiertage fand in Bätterkinden (Kt. Bern) die diesjährige Delegiertenversammlung des Verbandes der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter statt. Eine reichbesetzte Traktandenliste harpte der Erledigung, was bei dem grossen, noch brachliegenden Arbeitsfeld nicht anders zu erwarten ist. Aus kleinen Anfängen hervorgegangen, hat der Verband in seinem zwölfjährigen Bestehen darnach getrachtet, seine Einrichtungen nach dem Muster der übrigen im graphischen Gewerbe bestehenden Organisationen zu gestalten. Auch diesmal hatten sich die Delegierten mit einer Beitragserhöhung, verursacht durch die *Einführung der Arbeitslosenversicherung*, zu befassen, die dann auch mit 26 gegen 3 Stimmen angenommen wurde. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Einführung einer weiteren zu den drei bestehenden Beitragsklassen. Die Statuten der Verbandskrankenkasse wurden zwecks Erlangung der Bundesubvention den Vorschriften des Bundesgesetzes über Krankenversicherung angepasst.

Um die *Agitation* unter den im graphischen Gewerbe zahlreich vertretenen *Jugendlichen und Frauen* zu erleichtern, wurden Bestimmungen in die Statuten aufgenommen, wonach Jugendliche unter 16 Jahren einer Klasse der Krankenkasse angehören können, ohne den übrigen Verbandsbeitrag zahlen zu müssen. Das gleiche ist bei Frauen der Fall, die vom Beruf ab- und keinem Erwerb mehr nachgehen.

Trotz der ungünstigen Verhältnisse hatte der Verband im letzten Jahre einen Mitgliederzuwachs von 25 Prozent zu verzeichnen. Die Vermögensverhältnisse sind ebenfalls befriedigend. Trotzdem der Verband zu den

jüngsten Organisationen gehört und es sich in den betreffenden Orten in der Hauptsache um Frauen und Jugendliche handelte, konnten bei einigen in der letzten Zeit durchgeführten Bewegungen ganz ansehnliche Verbesserungen erreicht werden. Es ist dies eigentlich auch leicht erklärlich, denn abgesehen von der Arbeitszeit sind die Verhältnisse besonders im graphischen Gewerbe nicht gerade glänzende. Die bezahlten Löhne können vielfach gar nicht mehr als solche bezeichnet werden, sondern sehen oftmals eher mageren Trinkgeldern gleich. Wo nur eine einigermaßen kräftige Sektion besteht, sind die Unternehmer gezwungen, Zugeständnisse zu machen.

Leider wird von den in andern Verbänden und den politisch organisierten Genossen der Organisierung dieser Kategorie von Schlechtestgestellten sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Nicht selten kann man beobachten, dass z. B. Männer oder Väter von Arbeiterinnen sich gar nicht darum kümmern, ob ihre Angehörigen sich der zuständigen Organisation anschliessen, und doch ist das Emporkommen der Tausende von Arbeiterinnen in den verschiedenen Industrien Vorbedingung eines weiteren Vordringens und grösserer Erfolge auch der fortgeschrittensten Arbeiterkategorien. Wo die Mitgliedschaft noch so mancherlei Vorteile bietet, wie in unserm Verbands, da sollte jeder gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter seine Frau oder Kinder veranlassen, sich ebenfalls zu organisieren.



Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeiterklasse in Griechenland.

(IS) Aus Athen wird uns geschrieben: In den letzten 15 Jahren hat Griechenland eine rasche industrielle Entwicklung erlebt. Zwar begann der bekannte Sozialist Dr. Drakoules schon 1885 mit seiner Agitation, wenn auch ohne jeden sichtlichen Erfolg. Dass die Arbeiterklasse überhaupt Anspruch auf Berücksichtigung haben oder gar machen könne, das erschien dieser selbst noch unfassbar. Inzwischen aber sind auch in diesem alten Lande zahlreiche Fabriken entstanden und die Bedeutung der Ausfuhr wächst andauernd. Die neuen Industrien haben grosse Vermögen schaffen helfen, aber die Arbeiterklasse selbst hat von dem wirtschaftlichen Aufschwunge des Landes nicht oder doch nur unmerklich profitiert. Die Finanzinstitute und grossen Geldgeber, in deren Händen die Produktion immer mehr zu Monopolen wird, haben neben ihrem mächtigen wirtschaftlichen Einflusse auch die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen gewusst, während die Arbeiterschaft, rückständig zum Teil und völlig desorganisiert, gänzlich der Willkür des Arbeitgebertums ausgeliefert war. Nur ganz kurze Zeit hat dem Parla- mente auch ein Sozialist angehört, aber seit langem sind die Arbeiter dort wie auch sonst in massgebenden öffentlichen Körperschaften nicht vertreten. Eine geschlossene wirtschaftliche oder politische Organisation ist schon oft angestrebt, bisher aber nicht realisiert worden. Man darf wohl annehmen, dass dieser bedauernde Zustand besonders darauf zurückzuführen ist, dass die Auswanderung immer grössere Formen annimmt und bekanntlich sind es im allgemeinen die oberen Schichten der Arbeiterklasse, die intelligenteren und energischeren Elemente, welche durch schlechte wirtschaftliche oder politische Verhältnisse aus ihrer Heimat vertrieben werden.

Immerhin hat die ständige Agitation einiger fortschrittlicher Elemente auf die öffentliche Meinung schon grossen Einfluss ausgeübt und es wird heute allgemein anerkannt, dass die jetzigen Verhältnisse eine Schmach für das Land und unhaltbar sind. 1909 war es sogar das Militär, das sich erhob und die damaligen Machthaber

wegfegte. Die Bewegung wurde von der grossen Masse des Volkes energisch unterstützt, weil man Besserung der Zustände erhoffte, sobald nur neue Vertreter gewählt und in die Regierung eingerückt seien. Aber auch diese haben es verstanden, unter dem Deckmantel einer Agitation gegen den modernen Kapitalismus ihren eigenen kapitalistischen Interessen ausgezeichnet zu dienen. Auch das hat sich das Volk, weil wehrlos und uneinig, bieten lassen müssen. Seinen Organisationsversuchen aber setzen die neuen politischen Machthaber brutalen Widerstand entgegen. Trotz alledem wurde der Sozialist Dr. Drakoules in zwei Wahlkreisen zugleich gewählt und zwei seiner Kollegen in anderen Wahlkreisen. Als kurz darauf das Parlament aufgelöst wurde, wurde Drakoules wiedergewählt, seine Wahl aber unter nichtigen Vorwänden für ungültig erklärt. Immerhin hatten die Agitation und die steigende Stimmenzahl der neuen Bewegung bewirkt, dass eine kleine Gruppe fortschrittlicher Elemente im Parlamente energisch an die Schaffung von Arbeitergesetzen ging, wenigstens solange ein Sozialist in der Kammer war. Seitdem hat sich der Kurs schon wieder geändert.

Inzwischen wurde ein sozialistisches Wochenblatt geschaffen, um die Agitations- und Organisationsarbeit systematischer fördern zu können. Angesichts der grossen Zersplitterung der bestehenden Gruppen war das die erste Notwendigkeit. Es besteht ein sehr gemischter „Arbeiterbund Athens und des Piräus“, dem 17 Gewerbe angehören, während eine völlig gelbe Organisation seit 1910 etwa 14 Gruppen umfasst. Etwa 15 Einzelorganisationen, die natürlich alle numerisch und auch finanziell noch recht schwach sind, gehören zu einer dritten Richtung. Zwar bilden sie keine Einheit, aber es ist Hoffnung vorhanden, aus ihnen moderne Organisationsgebilde zu schaffen. Die Anhänger von Drakoules schufen 1909 eine Arbeiterliga, die zwei getrennte Organisationen, eine Sozialistische Partei sowie eine Gewerkschaftszentrale, umfassen soll. Dieselbe besitzt Organisationen in mehreren Städten. Sie propagiert besonders ein Einvernehmen mit den Arbeitern der anderen Balkanländer und hofft dadurch dem furchterlichen Rassenhass ein Ende bereiten zu können.

Die Arbeitsniederlegung der russischen Naphthaarbeiter.

(IS) Baku, die Naphthastadt, ist gegenwärtig der Mittelpunkt des Interesses nicht nur der Arbeiter Russlands, sondern auch der Regierung, der Kapitalisten und der öffentlichen Meinung. Die sanitär-hygienische Rückständigkeit von Baku ist geradezu unbeschreiblich. Bis jetzt ist Baku sogar dem Gesetz über die Aufsicht der Fabrikinspektion nicht unterworfen. In diesem abgelegenen Winkel des Riesenreichs hat die völkergemischte Arbeiterschaft einen schweren Stand, da sie als ihren Gegner das mächtige, geschlossen auftretende Syndikat der Naphthaquellenbesitzer hat.

Die Arbeiterschaft Bakus zeigte in den früheren Jahren und besonders in den Jahren 1905—1908, was sie zu leisten imstande ist, indem sie mit der grössten Ausdauer für ihre Forderungen kämpfte. Der achtstündige Arbeitstag, die Anerkennung der Arbeiterausschüsse und andere wichtige Forderungen wurden vom Syndikat nach langem Ringen anerkannt. In all diesen Kämpfen wurde die Frage der sanitär-hygienischen Reform der Wohnungs- und Ansiedelungsverhältnisse der Arbeiter, die in der «schwarzen» Industriestadt selbst in kümmerlichsten Kasernen zusammengeballt sind, immer wieder in den Vordergrund geschoben. Die Unternehmer erklärten die Frage als überaus wichtig, die unbedingt einer baldigen Lösung entgegengeführt werden müsse, wofür sie aber sich allein nicht machtvoll genug fühlten.

Die Stadtverwaltung von Baku kommt überhaupt nicht in Frage wegen ihrer sogar für Russland ungeheuerlichen Zerfahrenheit, und die Regierung begnügte sich mit der platonischen Anerkennung der grossen Bedeutung der Wohnungsfrage in Baku vom Standpunkte der Staatsinteressen. Diese Bedeutung liegt auf der Hand. Nicht nur darin ist sie zu suchen, dass mehrere zehntausende Arbeiter von diesen Verhältnissen betroffen sind und dass eine Kalamität unter diesen Massen eine Benachteiligung der Naphthaindustrie selbst herbeiführen muss, sondern darin, dass diese Arbeiterstadt ein ständiger Herd für menschenverheerende Epidemien geworden ist. Bei jedem neuen Ausbruch von Cholera und Pest ist diese an der asiatischen Grenze gelegene Stadt mit ihren fabelhaften antisanitären Zuständen in den Industrievierteln eine ständige Gefahr, eine Bedrohung des ganzen Kaukasus, für das ganze Reich geworden. Kein Wunder, dass die Arbeiter gegen diese Verhältnisse sich mit besonderem Nachdruck wenden.

Das Abflauen der Arbeiterbewegung in Russland in den Jahren 1908—1911 hat auch auf Baku seine Wirkung gehabt, und so ist hier nach einer sehr intensiven Bewegung ein Stillstand eingetreten, der durch eine innere Krise innerhalb der Naphthaindustrie selbst verstärkt worden war. Im vorigen Jahre haben sich die Bakuer Arbeiter wieder aufgerafft und teilweise einen Monat lang gestreikt, aber ohne Erfolg. Das Herannahen der Pest und die bereits verzeichneten Pestfälle haben den Gang der Ereignisse in Baku in diesem Jahre beschleunigt. So kommt jetzt die Nachricht, dass in zwei bis drei Tagen der wieder ausgebrochene Streik mit Riesenschlag um sich gegriffen hat. Die Zahl der Streikenden beträgt über 30,000! Als Hauptforderungen figurieren: die Wiedereinführung des früher bestandenen achtstündigen Arbeitstages, die Freigabe des 1. Mai und ganz besonders — detaillierte Forderungen betreffs der Regelung des Wohn- und Ansiedelungswesens.

Die sozialdemokratische Fraktion der Duma hat sofort eine Interpellation an die Regierung in der Duma eingebracht und verlangt Antwort wegen der von der Regierung geplanten Massnahmen zur Regulierung des Hauptüblems — der Wohnungsmisere, die zu einer öffentlichen Kalamität geworden ist. In Regierungs- wie auch in Unternehmerräumen wird dem jetzt entbrannten Kampfe die grösste Aufmerksamkeit gewidmet. Es verlautet, dass aus Petersburg ein oder mehrere höhere Beamte, ausgestattet mit besonderen Vollmachten, nach Baku entsandt werden sollen.

A. Grigorjanz.

Aus Japan.

(IS) Dem soeben erschienenen statistischen Jahrbuch Japans entnehmen wir eine Reihe interessanter Angaben. Die Bevölkerung des Landes nahm 1899 bis 1910 von 44,270,495 auf 50,984,844 zu. Davon wohnen 38,843,905 in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern. Die Betriebe mit elektrischer Kraft vermehrten sich von 456 mit 44,252 Kilowatt Leistungsfähigkeit in 1903 auf 1153 mit 344,023 Kilowatt Leistungsfähigkeit im Jahre 1911. Die Zahl der verwendeten elektrischen Motoren stieg in der gleichen Zeit von 563 auf 11,248 mit 44,055 Pferdekraften. Im Jahre 1911 war elektrisches Licht in 1,051,569 Wohnungen angelegt. Die Zahl der Gaswerke stieg von 1901—1912 von 2 auf 61, das darin angelegte Kapital von 2,8 Millionen auf 51,2 Millionen Yen.*

Ueber die Arbeiterlöhne werden nur dürftige Angaben gemacht. Danach betrug der durchschnittliche Tageslohn in den Jahren 1900—1911 für Zimmerer 54, 59, 58, 59, 59, 60, 65, 75, 81, 80, 80, 83 Sen, Steinhauer 61—94 Sen, Ziegeleiarbeiter 45—73 Sen, Tapetenkleber 50—75 Sen, Küfer 43—65 Sen, Holzschuhmacher 40—58 Sen,

*1 Yen = 100 Sen = Fr. 2.62.

Schuhmacher 47—65 Sen, Sattler 47—70 Sen, Fuhrleute 47—69 Sen, Schneider (für japanische Tracht) 39—58 Sen, Schneider (für europäische Tracht) 56—85 Sen, Schmiede 48—70 Sen, Papierarbeiter 32—41 Sen, Tabakschneider 43 bis 59 Sen, Schriftsetzer 35—54 Sen, Buchdrucker 34—50 Sen, Schiffszimmerer 56—86 Sen, Gärtner 52—83 Sen, Landarbeiter 30—42 Sen für männliche und 19—25 Sen für weibliche Arbeiter. Für männliche Dienstboten stieg der Monatslohn im gleichen Zeitraum von 2,72 auf 4,65 Yen, für Dienstmädchen von 1,56 auf 3,12 Yen. Dienstknechte erhielten 32,13—49,81 Yen und Mägde 17,06 bis 29,94 Yen im Jahre! In 81 staatlichen industriellen Betrieben waren 1912/13 93,546 Personen beschäftigt gegen 13,961 im Jahre 1905 bis 1906. Dieselben erhielten im Durchschnitt 75 Sen pro Tag für männliche Arbeiter und 31 Sen für Arbeiterinnen. Auf die ersteren entfielen im

Durchschnitt 315 (!) Arbeitstage à 10,4 Stunden, auf die letzteren 272 Arbeitstage à 9,7 Stunden pro Tag.

In 14,228 privatindustriellen Betrieben waren 1911 insgesamt 793,885 Arbeiter und 162,771 Hilfsarbeiter beschäftigt. Unter letzteren befinden sich 40,412, also ein Viertel, Frauen, unter ersteren dagegen 476,497, also weit über die Hälfte aller als qualifiziert geltenden Arbeiter sind Frauen! Der Durchschnittslohn stieg von 1900 bis 1911 für männliche Arbeiter über 14 Jahre von 39 auf 52 Sen, für Arbeiterinnen über 14 Jahre von 19 auf 25 Sen, für solche unter 14 Jahren von 14 auf 19 bzw. von 10 auf 14 Sen. Von 100 Beschäftigten sind 60 Frauen und Mädchen. Durchschnittlich entfallen auf jeden Beschäftigten 299 Arbeitstage à 11 Stunden im Jahre.

Für die *wichtigeren Industrien* sind die entsprechenden Angaben wie folgt:

Industrie	Betriebe		Beschäftigte				Durchschnittslohn über 14 Jahre		Arbeits-tage im Jahre	Durch-schnittl. Arbeits-zeit pro Tag Stunden
	mit	ohne	Arbeiter	Ar-beiterinnen	Hilfs-arbeiter	Hilfs-arbeite-rinnen	Arbeiter	Arbeite-rinnen		
	motorische Kraft						Sen	Sen		
Seiden-Industrie	2546	508	17,481	198,174	6,212	2,837	39	26	233	11,5
Spinnereien	125	10	19,289	81,217	1,871	385	43	26	314	14,7
Webereien	1475	2330	18,725	114,077	49	8	44	23	276	10,5
Maschinen-Industrie	303	24	18,918	433	1,365	154	67	30	313	10,2
Schiff- und Wagen-Industrie	61	31	24,687	196	2,908	206	68	28	282	10,2
Keramische Industrie	156	626	23,569	4,384	5,720	2,063	53	25	288	10,4
Papier-Industrie	115	61	6,787	3,330	1,063	368	44	24	317	14,5
Lebensmittel-Industrie	680	1072	34,202	12,922	3,673	1,723	50	25	257	11,0
Buchdruckerei und Buchbinderei	357	138	16,243	2,986	270	80	44	21	331	9,5
Metallraffinerien	39	6	17,851	923	6,687	412	51	25	305	11,5
Bergbau	173	44	41,470	8,001	81,483	29,496	60	27	333	12,0

Von den nordamerikanischen Kohlengravern.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika existieren zwei grosse, miteinander kartellierte Bergarbeiterorganisationen: die 1893 gegründete (oder besser gesagt neukonstituierte) *Western Federation of Miners*, mit Zentralvorstandssitz in *Denver* (Colorado) und schätzungsweise 110,000 Mitgliedern, überwiegend Erzbergleute, ein Teil Hüttenwerksarbeiter; dann die 1890 aus einer sogenannten Nationalföderation der amerikanischen Bergleute hervorgegangene *United Mine Workers of America*. Das Exekutivkomitee, der Zentralvorstand dieser sich wohl ausschliesslich aus Kohlenbergleuten zusammensetzenden Organisation, hat für 1913 einen Rechenschaftsbericht gegeben, dem wir eine Betrachtung widmen möchten.

Der Bund der amerikanischen Kohlenbergleute ist gleich der belgischen, französischen und der britischen Bergarbeiterföderation eine Vereinigung von Distriktsverbänden, deren Verwaltung noch so gut wie selbständig geblieben ist. Die Distriktsverbände, deren der Bund 29 umfasst, bestimmen selbst über die Höhe ihrer Beiträge und die hierfür gewährten Unterstützungsbeiträge, aber auch innerhalb der Distriktsverbände wieder bewahren die Bezirks- oder Lokalgruppen wohl meistens ihre administrative Selbständigkeit. Mangels vollständiger Nachweise können wir die Verteilung der Verwaltungsrechte zwischen den Lokal-, Bezirks- und Distriktsverbänden nicht genau feststellen. Die Distriktsverbände haben pro Mitglied an die Zentralbehörde (Exekutivkomitee), die in *Indianapolis* (Indiana) domiziliert, einen gewissen Beitragsteil abzuführen. Das Exekutivkomitee repräsentiert den Bund gegenüber den Unternehmerverbänden und den Staatsbehörden, betreibt den Abschluss von allgemeinen Arbeitstarifverträgen, vermittelt bei grösseren Ausständen die Streikunterstützung, wenn notwendig durch Erhebung von Extrabeiträgen, arrangiert die Jahreskonventionen,

wo die für das Organisationswesen gültigen Richtlinien beschlossen werden und durch Anträge, Debatten und Beschlüsse Stellung zu den für die Bergarbeiter insbesondere wichtigen und zu den allgemeinen wirtschaftspolitischen und auch jeweiligen zu eigentlich politischen Fragen (Gesetzen der Vereinigten Staaten und der einzelnen Bundesstaaten) genommen wird. Die Jahreskonvention, welche stets im Februar stattfindet, nominiert auch die Kandidaten für das gesamte Exekutivkomitee, deren Wahl nach Massgabe der abgegebenen Mitgliederstimmen erfolgt.

Nach dem Bericht pro 1913 betrug am Ende des Geschäftsjahres (jeweilen der 30. November) die Gesamtzahl der Mitglieder 393,461. Bringt man die aus statutarischen Gründen vom Beitrag befreiten oder restierenden Mitglieder in Abzug, so bleiben 377,682 vollzahlende Mitglieder übrig, gegen 289,269 im November 1912. Der Bund hat demnach im letzten Jahre über 88,000 Mitglieder gewonnen. Aus gewissen Aeusserungen von Delegierten zur Generalversammlung (Konvention) geht hervor, dass wohl nicht alle Distriktsverbände für die Gesamtzahl ihrer Mitglieder Beiträge abgeliefert haben, somit kann man die Zahl der total organisierten Kohlenbergleute auf mehr als 400,000 annehmen. Da in der Kohlenbergwerksindustrie der Vereinigten Staaten von Nordamerika 1912 rund 723,000 Arbeiter beschäftigt waren, 1913 vermutlich (amtliche Angaben liegen noch nicht vor) etwa 750,000, so wird der Bund der Kohlengraber stark 50 Prozent der Berufsgenossen umfassen. Doch ist das Stärkeverhältnis in den einzelnen Staaten bzw. Distrikten ausserordentlich verschieden. Beispielsweise gingen im November 1913 aus Illinois für über 73,000 Mitglieder Beiträge ein, bei einer durchschnittlichen Zahl (1912) von über 78,000 Berufsgenossen im selben Staate. Hingegen waren 1912 in Westvirginien, neuerdings wieder der Schauplatz erbitterter, blutig verlaufener Bergarbeiter-

streiks, über 68,000 Bergleute beschäftigt; von hier gingen im November 1913 aber nur für 1383½ Mitglieder Beiträge ein. Es gibt also Distrikte, wo über 90 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind, und andere, wo der Bund noch um das erste Fussfassen kämpfen muss.

Die Beschäftigung grosser Mengen Kohlengraber ist eine unregelmässige, was auch aus der Mitgliederstatistik des Kohlengraberbundes hervorgeht. Es wurden Mitglieder (total) gezählt im

	1911	1912	1913
Dezember	313,529	395,395	—
Januar	—	273,563	400,964
Februar	—	290,926	411,425
März	—	327,918	386,333
April	—	406,646	395,516
Mai	—	240,051	403,785
Juni	—	241,052	373,505
Juli	—	315,455	386,535
August	—	335,869	425,813
September	—	354,114	347,802
Oktober	—	378,311	410,942
November	—	383,937	383,520

Die Entwicklung der United Mine Workers of America unterlag öfteren Wechselfällen. Mit 20,912 Mitgliedern trat 1890 die Organisation ins Leben. Als bald war sie in schwere Kämpfe um ihre Existenz mit den Grubenbesitzern verwickelt. Die Kämpfe verliefen meistens unglücklich für die Arbeiter. Ihre Organisation besass 1896 nur noch 9617 Mitglieder, konnte aber schon 1897 die Zahl auf 39,371 erhöhen, und durch günstig verlaufene Kämpfe, die in den bestorganisierten Distrikten Illinois und Ohio schon zu Tarifverträgen führten, steigerte sich die Mitgliederzahl bis 1900 auf 115,321. Immer wieder versuchten die Grubenbesitzer die Organisation zu vernichten, aber alle ihre Mühe und die nicht wenigen Niederlagen der Arbeiter konnten den Vormarsch des Bundes nicht mehr dauernd aufhalten. 1903 hatte sie 247,006, 1905 264,950, 1906 nur wieder 230,667 Mitglieder. Die Entwicklung ging auf und nieder, bis 1912 wieder ein starker Aufschwung auf 289,269 und 1913 sogar zeitweilig auf über 400,000 Mitglieder erfolgte. Die Organisation hat sich nun in der Ueberzahl der bergbautreibenden Bundesstaaten durchgesetzt und sich die Anerkennung seitens der Grubenbesitzer errungen. Heftig war auch der Kampf in den Anthrazitdistrikten Pennsylvaniens. Aber auch hier war der Organisationsgedanke siegreich. Von den Anthrazitbergleuten waren jeweilen im Dezember organisiert 1911: 20,398, 1912: 90,517, 1913: 100,176; 1912 arbeiteten durchschnittlich 174,030 Anthrazitbergleute in Pennsylvanien.

Die Löhne sind nun in den wichtigsten Bundesdistrikten sowohl für die Zeitlöhner wie auch für die Gedingearbeiter (pro Tonne) tariflich geregelt. Ueber die Schichtzeiten der amerikanischen Kohlenbergleute berichtet das statistische Bundesamt: Es arbeiteten

	1911	1912
10stündig	136,601	141,107
9 »	57,351	60,015
8 »	330,045	321,982

Das offiziöse Bundesamt erklärt dazu: wo die Arbeiterorganisation stark sei, herrsche die Achtstundenschicht, wo die Organisation nur erst schwach vertreten sei, werde noch 9- und 10stündig gearbeitet! Eine sehr beherzigenswerte Lehre für alle Arbeiter, die da sagen: «Die Organisation nützt nichts».

Die Einnahmen des Bundes, d. h. zunächst die an das Exekutivkomitee abgelieferten regelmässigen Beiträge, beliefen sich 1913 auf 1,133,665.71 Dollar, wozu 643,161.58 Dollar Extrabeiträge, 357,589.20 Dollar «verschiedene» Zuwendungen (ausserordentliche Einnahmen für Streikunterstützung usw.), 15,435.08 Dollar für das (nicht obligatorische, wöchentliche) Bundesjournal und 9180.12 Dol-

lar sonstige Einnahmen kommen. Mit dem Kassenbestand betrug die Gesamteinnahme 2,380,293.74 Dollar. Unter den Ausgaben erscheinen als Hauptzahlen 1,621,942.67 Dollar zurückgezahlt an die Distriktsvereine als Streikunterstützung usw., 290,764.09 Dollar für Gehälter, Reisekosten, Delegiertenkosten, Spesen usw., 24,031.60 Dollar für das Bundesjournal, 12,589.72 Dollar für Drucksachen, ferner 136,032.58 Dollar als Beiträge an die American Federation of Labor, Zuschüsse an die Distriktsbureaus für Gehälter, Reisespesen usw., Beiträge und Geschenke an verschiedene amerikanische sozialwissenschaftliche, sozialpolitische und gewerkschaftliche Vereinigungen, an das internationale Bergarbeitersekretariat in Manchester usw. Es verblieb am 1. Dezember 1913 ein Kassenbestand von 278,032.30 Dollar.

Ob die amerikanischen Kohlengraber auf die Dauer mit der jetzigen Art ihrer Zentralorganisation gegenüber der straffer zentralisierten Grubenbesitzerorganisation auskommen werden, erscheint fraglich. Sie erschwert die schnelle Aufbringung ausreichender Mittel zur Erreichung des Organisationszwecks, entspricht allerdings dem der straffsten Zentralorganisation abholden Charakter der angelsächsischen Rasse, deren Angehörige trotz der internationalen Mischung der amerikanischen Bergleute die Kerntruppen und Hauptleiter der United Mine Workers of America stellen.

Otto Hue.



Statistische Notizen.

Verschiebungen der Erwerbsgruppen.

Endlich konnte man vom statistischen Bureau die vorläufigen Ergebnisse über die Zusammensetzung der verschiedenen Erwerbsgruppen der Schweizer Bevölkerung erhalten, nachdem im Jahre 1910 die letzte Volkszählung stattfand.

Die neuesten Ergebnisse weisen einen abermaligen Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung auf. Weder Schutzzölle noch Subventionen vermochten ihr gegenüber dem Vordringen der andern Erwerbsgruppen zu helfen. Die Wandlungen schreiten weiter fort, und die Schweiz wird immer mehr zum eigentlichen Industriestaat. Die landwirtschaftliche Bevölkerung flüchtet sich in alle Erwerbszweige von Handel, Industrie und Verkehr; das Gesamtbild geben die folgenden Zahlen, die den prozentualen Anteil an den einzelnen Erwerbsgruppen an der Gesamtbevölkerung darstellen:

Volkszählung 1. Dezember	Urproduktion	Industrie u. Gewerbe	Handel	Verkehr
1870	46,2	41,7	5,9	1,5
1880	42	44	7,2	2,2
1888	40,1	44,1	7,5	2,9
1900	33,1	47,2	9,5	4,2
1910	26,8	49,1	11,8	5,9

Aus der Zusammenstellung heben wir weiter folgende Angaben hervor:

Die Schweiz zählte am 1. Dezember 1910 3,201,282 Schweizerbürger und 552,011 Ausländer. Unter den Schweizerbürgern zählt man 1,965,351 Protestanten, 1,210,114 Katholiken, 6275 Israeliten und 19,542 Angehörige anderer